

**Christopher Baker-Beall, Charlotte Heath-Kelly and Lee Jarvis (Ed.): Counter-Radicalisation. Critical perspectives. London / New York (Routledge) 2015.**

## „Counter-Radicalisation“ - ein politisch kontraproduktiver Ansatz?

In der Extremismusprävention und der Terrorismusforschung ist in den letzten Jahren ein Begriff in Mode gekommen, der bis heute viele Fragen aufwirft: „Radikalisierung“. Staatliche Programme wie das britische „Prevent“ haben die mit diesem Begriff verbundenen Vorstellungen zum Ausgangspunkt gemacht, um eine Politik der „Counter-Radicalisation“ in Gang zu bringen. Damit ergeben sich jedoch aus demokratischer Sicht neue Fragen. Eine der wichtigsten ist: Inwiefern verändert die Konzentration auf Terrorismusprävention das Gefüge der liberalen, offenen Gesellschaften?

Es ist das Verdienst von Christopher Baker-Beall, Charlotte Heath-Kelly und Lee Jarvis, als Herausgeberteam des bei Routledge 2015 erschienenen Sammelbands „Counter-Radicalisation - Critical perspectives“ eine Reihe kritischer Stimmen aus Forschung und Lehre zu Gehör zu bringen, deren Kernanliegen es ist, die Auswirkungen einer Anti-Terrorismus-Strategie auf das Zusammenleben in einer multikulturellen demokratischen Gesellschaft zu untersuchen. Die dreizehn Beiträge von vorwiegend britischen Forscherinnen und Forschern setzen sich dabei mit der nach 2005 aufgelegten Extremismus-Präventions-Politik im United Kingdom auseinander, aber auch mit der Präventionspraxis in anderen demokratischen Verfassungsstaaten wie z.B. Australien, Dänemark, den Niederlanden und Deutschland.

In ihrer Einführung markieren die drei Herausgeber den Rahmen dieser kritischen Reflexion. Ihre These lautet, dass der zeitgenössische Anti-Terrorismus-Diskurs die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Ursachen politischer Militanz ablenkt und mit Hilfe des Begriffs der Radikalisierung ein Konstrukt schafft, mit dem man individuelles Handeln psychologisch deutet. Gewalttätigkeit werde auf den Einfluss von Ideologien zurückgeführt, die angeblich in bestimmten gesellschaftlichen Milieus oder Communities verbreitet seien und für die bestimmte Individuen empfänglich seien (1).

„Counter-terrorism has invented a feedback loop between vulnerability and ideology to explain away the resurgence of violence in the supposed heartlands of liberty, democracy and equality.“ (2)

Der Radikalisierungs-Begriff diene dazu, die Agenda der Politik zu verändern, um Konstrukte von Bedrohungen zum Thema zu machen, die sich angeblich gegen bestehende Ordnungen von Staaten und Gesellschaften richten (6). Der Radikalisierungs-Diskurs diene dazu, Gruppen der Gesellschaft unter Verdacht zu stellen und zum Objekt einer Counter-Radicalisation zu machen; Politiker könnten so Verantwortung für Unzufriedenheit externalisieren, und noch mehr:

„...they construct a religious and racial ‚other‘ who takes the blame for violence, while simultaneously making claim to provide solutions that will prevent future instances of violence.“ (7)

Ein solches "Othering" gelinge in der politischen Öffentlichkeit sogar dann, wenn es sich - wie bei „homegrown terrorists“ - um naturalisierte Bürger oder langjährige Bewohner „westlicher“ Länder handle. Unterstellt wird, dass das Konzept der Counter-Radicalisation in Forschung und Präventionspraxis mit dem sog. „War on Terror“ verknüpft sei.

Auch wenn man dieses eigenwillige, politisch sehr akzentuierte Weltbild des Herausgeberteams nicht teilt, lohnt sich eine Lektüre des Sammelbands dennoch. Dafür gibt es zumindest zwei Gründe. Erstens lassen sich nicht alle Beiträge unter dieses ideologische Dach fassen, sondern bringen durchaus verschiedene Perspektiven zur Geltung. Zweitens vermag die Akribie und Argumentationsschärfe der Autorinnen und Autoren - darunter auch wissenschaftlicher Nachwuchs - die blinden Flecken und Ungeheimtheiten aufzuzeigen, die besonders das britische „Prevent“-Programm aufweist. Wer sich in Erziehung und Bildung mit Extremismusprävention beschäftigt, kann dem Band etliche konkrete Hinweise für die eigene Arbeit entnehmen.

Es würde den Rahmen dieser Rezension sprengen, hier alle dreizehn Beiträge (Kapitel) zu würdigen. Herausgestellt werden sollen einzelne Kernthesen, und es soll auf die besonders konkreten Erfahrungsberichte hingewiesen werden. Dazu gehören der kritische Bericht von Anne Aly über australische Erfahrungen im Umgang mit gewaltorientierter Radikalisierung (Kapitel 4), die Maßnahmenstudie von Julia Berczyk und Floris Vermeulen am Beispiel der Islamismusprävention in Berlin (Kapitel 5) und der Aufsatz von Lasse Lindekilde über die Problematik der Intervention zur individuellen Deradikalisierung in Dänemark (Kapitel 13). Wie andere Autoren in dem Sammelband unterstreicht auch Aly, dass es nach wie vor an dem schlüssigen Nachweis eines Zusammenhangs zwischen ideologischer Orientierung und gewaltbereitem Extremismus fehle. Dies verbindet sie mit dem Aufruf an die Wissenschaft, die Beziehung zwischen Radikalisierung als psychologischem Prozess und der Entwicklung von extremistischer Gewaltbereitschaft genauer zu erforschen (81). Wirksame Prävention gebe es nur, wenn in das Konzept Ziele der sozialen Kooperation, der kulturellen Bewusstheit und der Bürgerbeteiligung integriert würden.

Angesichts des kritischen Anspruchs des Sammelbands kommt das Berliner Präventionskonzept vergleichsweise gut weg. Berczyk/Vermeulen betonen, dass Deutschland angesichts der Nazi-Vergangenheit das Prinzip einer „streitbaren Demokratie“ hochhalte und mehr als andere Länder die Extremismusbekämpfung in Verfassung und Strafrecht verankert habe (88 ff.) Sie referieren das „Böckenförde-Theorem“, demzufolge der Staat die liberale Demokratie nicht allein verteidigen könne, sondern auf konstante soziale Diskurse und eine gesellschaftliche Abwehrbereitschaft angewiesen sei. Deshalb spiele die Extremismusprävention im deutschen Bildungssystem eine größere Rolle als anderswo. Im Unterschied zum britischen „Prevent“-Konzept setzten die Deutschen auf eine aktive Präventionsfunktion der muslimischen Partner und auf eine

„... umbrella initiative that funds diverse projects undertaken by a variety of actors against radical influences“ (97).

Wie das von ihnen beschriebene Konzept des Community Coaching analysiert auch Lindekilde in seinem Beitrag zu Dänemark die Wirkungsmöglichkeiten eines Ansatzes, der auf das Empowerment von zivilgesellschaftlichen Präventionsakteuren setzt. Auch

in Dänemark gab es ihm zufolge ein Unbehagen gegenüber einer „securitisation“ („Versicherheitlichung“) der Integrationspolitik durch das Eindringen einer polizeilichen Handlungslogik in Nachbarschaften und religiöse homogene Communities. Im Unterschied zu der deutschen Präventionsorientierung, die eine Auseinandersetzung mit radikalen Ideologien für bedeutsam hält, hat sich jedoch laut Lindekilde in Dänemark ein Konzept durchgesetzt, das auf „battling extremist ideas“ verzichte (225). Besonders lesenswert ist das, was Lindekilde über die neue dänische Strategie der Counter-Radicalisation schreibt. Ihre drei Säulen sind 1. das Mentoring, 2. Beratung und Bildung sowie 3. die Exit-Strategie. Während letztere vom Sicherheitsapparat betreut werde, liege die Verantwortung für die ersten beiden in der Kommune - unterstützt vom Amt für Demokratie und Radikalisierungsprävention (227). Dennoch bleibt auch für Lindekilde - und hier gibt es einen Konsens in der Kritik mit etlichen der anderen Autoren - dass auch der dänische Staat früher vertretene Ziele der sozialen Kohäsion und Gerechtigkeit von seinem Präventionsprogramm abkopple. Im Sinne einer neoliberalen „gouvernementalité“ (Foucault) ziehe sich der Staat aus der gesellschaftlichen Verantwortung zurück und initiere eine Alleinzuständigkeit der lokalen Präventions-Akteure, die sich dadurch oft in dem Dilemma sähen, als Mentoren gegenüber dem Mentee alle möglichen - und sich widersprechenden - Funktionen übernehmen zu müssen (234).

Die Beiträge in den Kapiteln 2, 3, 8, 9 und 11 fokussieren ihre kritische Reflexion auf das britische „Prevent“-Programm. Paul Thomas kritisiert in Kap. 2, dass die Verquickung von „Prevent“ und UK-Programmen zur Förderung der Community Cohesion zu einer höchst problematischen Vorurteils-Belastung der Beziehungen zu den Muslimen geführt habe und deren Stigmatisierung eher fördere als vermindere. Anstelle einer Demokratieentwicklung seien Sicherheitsbehörden vermehrt im Bereich der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens tätig geworden. Die Zukunft einer multikulturell bewussten Gesellschaftspolitik sehen auch Nadya Ali (Kap. 8) und Francesco Ragazzi (Kap. 9) in Frage gestellt. Ali versucht nachzuweisen, dass die nach den Londoner Anschlägen von 2005 aufgelegte „CONTEST“-Strategie von einem Radikalisierungs-Begriff ausgehe, demzufolge Terrorismus beforscht und verstanden werde

„as a product of psychological, sociological and mental deviance“ (139)

und dass es zu einem „Mapping“ der muslimischen Community in Großbritannien gekommen sei, die damit zu einer „governable entity“ umdefiniert worden sei und so zum Objekt von Intervention und Betreuung werde. Ragazzi skizziert das Dilemma eines „preventive counter-terrorism“, der von der Annahme ausgehe, dass man Tatabsichten rechtzeitig erkennen könne, wenn nur das staatliche Informationsnetz weit genug ausgelegt sei. Zu dieser Art von Präventionspolitik gehöre ein Konzept von enger Kooperation mit einer verdächtigten Community und ihrer gleichzeitigen Ausspähung (158). „Ethnic profiling“ sei eine der problematischen Folgen einer solchen Politik.

Was für einige Autoren des Sammelbands die fatale Nebenfolge eines konfusen Politikansatzes ist, ist für andere wie Phil Edwards ein ideologischer Feldzug des Staates. In seinem Beitrag (Kap. 3) hält er den staatlichen Versuchen, die Auseinandersetzung mit dem Extremismus als Wertekonfrontation zu begreifen, Erfahrungen aus dem Bereich der Alltags-Kriminalität entgegen, und legt differenzierte Vorschläge für eine Re-

form des „Prevent“-Konzepts vor. Diese Vorschläge sind nicht nur für Erziehungsfachleute, sondern auch für politische Entscheidungsträger sehr lesenswert. Edwards bringt kriminologische Kenntnisse über den Prozess der „desistance from crime“ in die Debatte ein (59) und empfiehlt, die Abkehr von der Gewalt gerade dadurch zu unterstützen, dass den Tätern ihre ideologische Option nicht ausgeredet wird, sondern nur empfohlen wird, sie auf anderem, also friedlichen Wege zu realisieren. Unter der provozierenden Überschrift „How (not) to create ex-terrorists“ weist Edwards auf die Erfahrung hin, dass der Ausstieg eines Kriminellen aus seiner Gang mit der Entstehung einer persönlichen Gegenerzählung verbunden ist („counter-narrative“) und dass es folglich darum gehen müsse, jenes persönliche Narrativ zu erschüttern, das ihn in der Bande hält. Ähnlich wie schon Arun Kundnani in Kap. 1 hält es Edwards für einen verfehlten Ansatz, wenn staatliche Stellen in der Extremismusprävention auf eine Widerlegung von Ideologien setzen. Eine solche Orientierung glauben mehrere Autoren in den Ausführungen des früheren britischen Premiers Cameron zur Anti-Terrorismus-Strategie zu erkennen.

Im vorletzten Beitrag (Kap. 12) nimmt sich Mohammed Elshimi das neue „buzzword de-radicalisation“ vor und stellt es in den semantischen Kontext vergleichbarer Begriffe wie „disengagement“ oder Resozialisierung. Gerade weil dieser Beitrag eine so facettenreiche Bedeutungsanalyse liefert, ist er für die Praxis hilfreich, zumal er sich mehr als alle anderen Beiträge auf die Spezifika dschihadistischer Ideologie einlässt.

Kommen wir zu einer abschließenden Bewertung des Sammelbands. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser Publikation, dass sie es auf 250 Seiten nicht fertigbringt, Ziele und Programme totalitärer Ideologien und Bewegungen als wesentliche Impulse für politisch motivierte Straftaten zu diskutieren, obwohl doch sowohl der Rechtsextremismus als auch der Dschihadismus dafür jede Menge Material liefern - bis hin zu den Videobotschaften von Selbstmordattentätern. Der Vorwurf der pauschalen Bewertung von Communities und Religionsgemeinschaften fällt vollständig auf die Autoren zurück, weil sie selber z.B. die enormen Differenzen zwischen Mainstream-Islam und islamistischen Minderheiten ausblenden.

Dass ein demokratischer Verfassungsstaat Leben, Freiheit und Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen hat, sollte der gedankliche Ausgangspunkt einer Kritik an staatlichen Präventionsstrategien sein. Jedoch verleitet das auf Foucaults Herrschaftstheorie reduzierte Weltbild die Autoren dazu, sich auf eine Regierungskritik zurückzuziehen und die innergesellschaftlichen Machtverhältnisse weitgehend auszublenken. Damit bleibt auch die schlichte Tatsache, dass Prävention sich im gesellschaftlichen Feld mit der ideologischen Überwältigung von Individuen und ganzen Communities beschäftigen muss, außen vor.

Es bleibt eine Geschmacksfrage, ob wir diese systematische Blickverengung als „critical studies“ akzeptieren oder ob wir den Anspruch kritischer Reflexion dem Herausgeberteam zur erneuten Überprüfung empfehlen.

Kurt Edler (Sept. 2016)

Die englischsprachige Version dieser Rezension ist online im *Journal of Social Science Education* erschienen unter <http://www.jsse.org/index.php/jsse/article/view/1570/1621> .